



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Öffentliche Bäder erhalten – ohne Schwimmbad kein Schwimmunterricht

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über den Zustand der Schwimmbad-Infrastruktur in Bayern zu berichten. Dabei soll insbesondere dargestellt werden,

- wie viele öffentliche Frei- und Hallenbäder derzeit bestehen,
- wie viele öffentliche Frei- und Hallenbäder zuletzt schließen mussten,
- wie viele öffentliche Frei- und Hallenbäder sanierungsbedürftig oder dringend sanierungsbedürftig sind,
- mit welchen Kosten im Zuge der Sanierungen gerechnet werden muss,
- auf welche Weise der Freistaat seine Kommunen bei Erhalt und Sanierung der Bäder bislang unterstützt,
- mit welchen Maßnahmen der Freistaat seine Kommunen bei Erhalt und Sanierung der Bäder langfristig zu unterstützen gedenkt.

Begründung:

Erhebungen der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) zeigen wiederholt, dass immer weniger Grundschülerinnen und Grundschüler in Deutschland schwimmen können. Konnten dies 1990 noch 90 Prozent, gelten inzwischen nur noch 40 Prozent aller Zehnjährigen als sichere Schwimmerinnen und Schwimmer. Die Beschränkungen durch die Coronapandemie haben die Lage zusätzlich verschärft. Wasserrettungsorganisationen gehen davon aus, dass aufgrund der geschlossenen Bäder zwei ganze Jahrgänge und damit rund 200 000 Kinder in Bayern nicht schwimmen gelernt haben.

Damit dieser Missstand zeitnah aufgeholt werden kann, sind vielfältige, gesamtgesellschaftliche Anstrengungen notwendig. Schulen, Wasserrettungsorganisationen, Schwimmvereine und Erziehungsberechtigte sind angehalten, ihren Beitrag zu leisten und Kindern das Schwimmen beizubringen. In diesem Zusammenhang erweist sich allerdings der Mangel an Schwimmflächen vielerorts als limitierender Faktor. Gutscheine für Schwimmkurse laufen ins Leere, wenn die erforderlichen Lehrschwimmbecken fehlen. Der Freistaat ist aufgerufen, den bundesweiten Trend der Bäderschließungen zu stoppen und die Kommunen beim Bau und Erhalt von Schwimmbädern tatkräftig zu unterstützen. Um den nötigen Investitionsumfang zu ermitteln, ist ein aktueller Lagebericht vonnöten. Nach Kenntnis der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (vgl. Drs. 18/15444) rühren die jüngsten Zahlen vom 12. Juli 2018 und bedürfen daher dringend einer Aktualisierung.